

D-01 Andere reden über Zäune, wir reden über Lösungen! Gemeinsam, solidarisch.

Gremium: LAG Migration und Flucht

Beschlussdatum: 27.05.2023

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Internationale Konflikte und Krieg: Menschen fliehen überall auf der Welt vor
2 Gewalt und Verfolgung. Die meisten suchen Schutz innerhalb ihres eigenen Landes
3 oder in einem Nachbarstaat. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine
4 der größten Fluchtbewegung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst.
5 Zusätzlich beantragen mehr Menschen Asyl in Deutschland.

6 Seit vielen Jahren leisten unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit ihren
7 haupt- und ehrenamtlichen Strukturen unglaubliche Arbeit bei der Unterbringung
8 und Versorgung von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns flüchten. Die
9 Herausforderungen, vor denen sie stehen, erkennen wir an: Nicht ausreichende
10 Unterbringungsmöglichkeiten, überlastete Behörden, fehlendes Personal in
11 Bildungseinrichtungen und fehlende verbindliche Zusagen für eine dauerhafte
12 finanzielle Beteiligung des Bundes.

13 Als Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen wir uns für eine progressive Migrations-
14 und Fluchtpolitik ein, die diesen Unterstützungsbedarf der Kommunen und
15 Bundesländer anerkennt. Wir sehen mit Sorgen, wie in den letzten Wochen die
16 Diskurse um die europäische Asylpolitik verlaufen. Die Reaktion auf die
17 derzeitigen Herausforderungen ist ein Abschottungsdiskurs, der scheinbar
18 einfache Lösungen präsentiert. Gleichzeitig verschlechtert sich die Stimmung
19 gegenüber Geflüchteten zunehmend. Auch in NRW finden Demonstrationen gegen
20 Einrichtungen zur Unterbringung von Geflüchteten statt. Die Vorschläge zur
21 Asylpolitik reichen derzeit von einer „Abschiebeoffensive“ oder „Zäunen“ bis hin
22 zu einer völligen Aushöhlung der Genfer Flüchtlingskonvention und der
23 Europäischen Menschenrechtskonvention. Menschenrechtsfragen geraten dabei aus
24 dem Blickfeld. Die Frage der Aufnahme von Geflüchteten soll an die europäischen
25 Außengrenzen und die Staaten um die europäische Union verlagert werden. Solche
26 Forderungen entspringen einem populistischen Kalkül. Für uns ist klar, dass
27 schutzsuchende Menschen dem nicht zum Opfer fallen dürfen und das Grundrecht auf
28 Asyl gewahrt bleiben muss. Der Schutz von Menschenrechten ist für uns keine
29 Verhandlungsmasse, sondern humanitäre Verpflichtung! Wir brauchen konkrete
30 Unterstützungen und Lösungen, die helfen. Wir stehen für eine
31 menschenrechtsorientierte Politik für geflüchtete Menschen: wir geben
32 geflüchteten Menschen Schutz, sorgen für geordnete Verfahren, verteidigen das
33 Recht auf Asyl und geben den Kommunen Rückhalt.

34 Besonders in Hinblick auf die Ergebnisse des Beschlussvorschlags von
35 Bundeskanzler Olaf Scholz, das gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder
36 am 10. Mai 2023 zu den anstehenden Verhandlungen um die Reform der Gemeinsamen
37 Europäischen Asylpolitik (GEAS) vereinbart wurde, stellen wir fest:
38 menschenrechtspolitische Errungenschaften dürfen nicht zur Disposition gestellt
39 werden und der individuelle Schutz von Asylsuchenden darf nicht ausgehebelt
40 werden. Hierbei machen wir nicht mit. Uns geht es um Solidarität, Verantwortung

41 und eine Flüchtlingspolitik, die auch unter schwierigen Bedingungen Humanität
42 und Ordnung schafft.

43 Wer die Herausforderungen anerkennt, hat zwei Möglichkeiten: Zur eigenen
44 Profilierung Narrative zu konstruieren, die die derzeitigen Herausforderungen
45 als unlösbar darstellen und daher eine weitere Einschränkung des Rechts auf Asyl
46 fordern. Oder daraus sachliche Maßnahmen abzuleiten, die unter Wahrung von
47 menschenrechtlichen Werten Lösungen anbieten. Als Bündnis 90/Die Grünen stehen
48 wir für letzteres. Wir verleihen daher als größtes Bundesland unseren bisherigen
49 Parteibeschlüssen sowie den vereinbarten Koalitionsvereinbarungen auf Bundes-
50 und Landesebene für einen vielschichtigen Lösungsansatz Nachdruck.

51 1. Kosten dauerhaft auf allen Schultern verteilen

52 Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen vor Herausforderungen, wenn sie dauerhaft
53 darauf vorbereitet sein möchten, dass Menschen bei ihnen unterkommen. Bislang
54 ist die Finanzierung für die Vorhaltung von Kapazitäten kaum bis gar nicht
55 möglich – auch die finanziellen Kapazitäten des Landes Nordrhein-Westfalen sind
56 dabei nicht ausreichend. Wir bekräftigen daher die Notwendigkeit einer
57 dauerhaften, stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes bei den Kosten der
58 Unterbringung und der Möglichkeit, Kapazitäten auszuweiten. Ein „atmendes
59 System“, der eine Kostenbeteiligung dynamisiert und über eine Grundbeteiligung
60 bei besonders hohem Bedarf finanziell die Kommunen und Länder entlastet, ist die
61 Voraussetzung, damit vor Ort agiert und vorausschauend geplant werden kann. Wir
62 betonen die Notwendigkeit, dass vor Ende des Jahres Ergebnisse eines
63 Kompromisses zwischen Bund und Ländern vorgestellt werden. Eine solche
64 finanzielle Zusage würde es den Kommunen und Engagierten in Nordrhein-Westfalen
65 ermöglichen, ihre wichtige Arbeit fortzusetzen.

66 2. Integration als Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft

67 Flächendeckend werden besonders fehlende Angebote und Plätze für Sprachkurse
68 bemängelt. Dabei sind sie die Grundlage, um sich einleben und an der
69 Gesellschaft partizipieren zu können. Die bürokratischen und administrativen
70 Anforderungen an Sprachkurs-Anbieter sollten auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft
71 und gegebenenfalls gesenkt werden. Besonders sind Angebote für Gruppen wie
72 Erziehungsberechtigte, die auf Betreuungsangebote angewiesen sind, zu schaffen.
73 Eine solche Ausweitung funktioniert nicht von heute auf morgen. Als Grüne setzen
74 wir uns für Kursangebote von Beginn an ein: Erstorientierungskurse, die bereits
75 in den Erstaufnahmeeinrichtungen angeboten werden können, müssen auch zukünftig
76 finanziell sichergestellt werden und so den Ausgangspunkt des Erlernens der
77 Sprache darstellen.

78 Weiterhin stellt die medizinische Versorgung einen weiteren essenziellen
79 Baustein dar. Frühzeitigen Zugang zum Gesundheitswesen und der vereinfachte
80 Zugang zu psychotherapeutischen und psychosozialen Angeboten sind zu
81 gewährleisten – damit werden dauerhafte Erkrankungen präventiv vermieden und die
82 betroffenen Personen und das System entlastet.

83 3. Arbeitsmarktzugang erleichtern – und auf allen Seiten gewinnen

84 Wer in verschiedene Gruppen zwischen „guten und schlechten“ Geflüchteten und
85 Zugewanderten unterscheidet und stigmatisiert, verschwendet willentlich
86 Potential. Denn viele Geflüchtete möchten arbeiten, dürfen es aber nicht.

87 Dabei ist völlig klar: In allen Bereichen, sei es für die Umsetzung der
88 Energiewende, in technischen oder im sozialen Bereich, brauchen wir auch in
89 Nordrhein-Westfalen Fach- und Arbeitskräfte. Dieses Potential möchten wir
90 nutzen: Betriebe sichern ihre Wettbewerbsfähigkeit, die Gesellschaft bekommt
91 dringend benötigte Arbeitskräfte, Menschen bekommen die Möglichkeit, einer von
92 ihnen gewählten Tätigkeit nachzugehen und sich in ihrem neuen Umfeld einzuleben
93 und sie sichern eigenständig ihre Lebenskosten.

94 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Anerkennung von Berufsabschlüssen
95 vereinfacht wird, Qualifizierungsangebote ausgeweitet und Arbeitsverbote
96 aufgehoben werden. Bei Ausführung eines Berufs möchten wir aufenthaltsrechtliche
97 Wechsel in gesicherte Aufenthaltstitel stärken, weitere Reformen anschließend an
98 das Chancen-Aufenthaltsgesetz befürworten wir.

99 Wir setzen uns darüber hinaus für einen Spurwechsel ein, denn es geht auch darum
100 vorhandene Potenziale von bereits bei uns lebenden Menschen zu nutzen und
101 nutzbar für die Betroffenen zu machen.

102 4. Moderne Einwanderung mit modernen Behörden

103 Auch in Nordrhein-Westfalen sind viele Einwanderungs- und Ausländerbehörden
104 überlastet. In der Konsequenz sind Mitarbeitende überlastet und Menschen warten
105 auf Dokumente, die für die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit oder zur
106 Sicherung ihres Aufenthaltsstatus notwendig sind. Dem möchten wir mit mehr
107 Personal, das diese Belastung auf mehr Schultern verteilt, und dem Abbau
108 unnötiger Bürokratie entgegenwirken. Einen wichtigen Baustein dafür liefert die
109 Digitalisierung von Prozessen innerhalb der kommunalen Behörden sowie des
110 Bundesamts für Migration und Flucht sowie die Verlängerung bei der Erteilung von
111 Aufenthaltserlaubnissen. Bei dem Prozess der Digitalisierung sind Kommunen und
112 Länder auf das Mitwirken des Bundes und die durch die Bundesinnenministerin im
113 Februar angekündigte Unterstützung angewiesen.

114 5. Herausforderungen nicht an die Außengrenzen abschieben

115 Im Beschluss des Bundeskanzlers und der Ministerpräsident*innen wird viel über
116 „irreguläre Migration“ gesprochen; Wir betonen weiterhin, dass Wege legaler
117 Migration geschaffen werden müssen. Mit diesem Instrument der Steuerung würde
118 die Situation für Menschen auf der Flucht verbessert und gleichzeitig unser
119 Asylsystem entlastet.

120 Das Sterben im Mittelmeer, die Rechtsverstöße und menschenunwürdigen Zustände an
121 den Außengrenzen müssen beendet werden. Wenn es wie angestrebt zu einer Reform
122 des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems kommt, müssen diese Aspekte in den
123 Blick genommen werden. Wir brauchen als Europäer*innen endlich eine
124 verpflichtende Solidarität in der Flucht- und Migrationspolitik, die Lösungen
125 für einen verbindlichen Verteilmechanismus bei der Aufnahme von Geflüchteten
126 auch weiterhin in den Blick nimmt.

127 Die Verhandlungen auf europäischer Ebene gestalten sich schwierig. Die
128 Vorschläge der EU-Kommission sind extrem restriktiv. Verpflichtende
129 Grenzverfahren und den damit einhergehenden Aufenthalt in „außerterritorialen
130 Lagern“ sehen wir kritisch. Deshalb ist es wichtig, dass Deutschland sich in
131 Brüssel insbesondere für die Sicherstellung des Zugangs zum individuellen Recht
132 auf Asyl und Grundsätze der Genfer Flüchtlingskonvention und der
133 Kinderrechtskonvention sowie der Schutz vulnerabler Gruppen einsetzt. Das

134 individuelle Recht auf Asyl darf nicht ausgehebelt und mangelnde Versorgung darf
135 es nicht geben. Gleichzeitig braucht es einen verbindlichen Verteilmechanismus
136 für die Aufnahme von Geflüchteten in der EU.

137 Ebenfalls ist die Ausweitung von sogenannten „Sicheren Drittstaaten“ zu
138 kritisieren. Reist jemand über einen solchen Staat ein, kann er sich in der EU
139 nicht mehr auf seinen Schutzbedarf berufen. Als sichere Drittstaaten könnten
140 nach aktuellen Vorschlägen der EU-Mitgliedsstaaten Länder schon dann gelten,
141 wenn sie gegenüber der EU eine minimale Versorgung zugestehen. Diese müsste
142 demnach nicht für das gesamte Land gelten – es würde lediglich eine Ausweisung
143 von Teilgebieten genügen. Mit der Umsetzung könnten Menschen auch bei
144 ernstzunehmenden Schutzgründen von der inhaltlichen Asylprüfung in Deutschland
145 von vornherein ausgeschlossen werden und ohne inhaltliche Prüfung des
146 Asylantrags in einen solchen Drittstaat abgeschoben werden, in dem sie weiterhin
147 gefährdet sind.

148 Gemeinsam mit den Kommunen suchen wir Lösungen für ihre Herausforderungen, die
149 Aushöhlung des Asylrechts ist dabei für uns keine Option. Der Schutz vor
150 Verfolgung und die damit verbundene individuelle Prüfung muss auch in Zukunft
151 gewährleistet sein und bleiben. Wir stehen zu unserer menschenrechtlichen
152 Verpflichtung.